

BESCHLUSS

des Bundesvorstands der FDP, Berlin, 17. August 2020

Multilateralismus auf den Punkt gebracht – Fünf liberale Forderungen für eine regelbasierte Weltordnung

Die Covid-19-Pandemie hat zu einer beispiellosen Entschleunigung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens und einem dramatischen Rückgang der Wirtschaftsleistung weltweit geführt. Sie akzentuiert zudem die Schwächen unserer derzeitigen Weltordnung sowie den Systemwettbewerb zwischen China, Russland und anderen autoritären Staaten einerseits und liberalen, westlich geprägten Demokratien andererseits. Gleichzeitig offenbart die Coronakrise, dass die liberale demokratische Ordnung nicht nur von außen herausgefordert, sondern auch von innen bedroht wird: Neben autoritären Regimen, die die Pandemie dafür zu nutzen wussten, ihnen kritisch Gegenüberstehende und Andersdenkende zum Schweigen zu bringen, versuchten selbst einige demokratisch gewählte Regierungen, die Bekämpfung der Pandemie auszunutzen, um sich Notstandsbefugnisse anzueignen, ohne Rücksicht auf rechtliche Grenzen, parlamentarische Kontrolle oder die verfassungsmäßige Ordnung. Die Covid-19-Pandemie zeigt somit, dass durch sie nicht nur weltweit das Leben und die Lebensgrundlagen von Menschen, sondern auch die Zukunft der liberalen Demokratie bedroht wird. Damit ist die Welt in diesem noch jungen 21. Jahrhundert nach der SARS-Pandemie von 2002/3 und weiteren Grippe-Pandemien, den Terroranschlägen von „9/11“, der globalen Finanzkrise sowie der andauernden weltweiten Fluchtbewegungen und der rasanten Klimaveränderungen erneut einer extremen Notlage ausgesetzt, die alle Lebensbereiche und damit die sie tragenden Ordnungsstrukturen betrifft.

Globale Herausforderungen wie diese kennen keine Landesgrenzen und zeigen, wie eng unsere Gesellschaften weltweit miteinander verflochten sind – ökologisch, wirtschaftlich, politisch, kulturell und auch gesundheitlich. Die Globalisierung hat uns in fast allen Lebensbereichen voneinander abhängig gemacht. Genau hierin liegt jedoch auch die Chance: Denn keine der globalen Krisen unserer Zeit, angefangen von Flüchtlingsbewegungen über Klimawandel bis hin zu Pandemien, kann von einzelnen Staaten allein gelöst werden. Gerade deshalb muss es in unserer globalisierten Welt mehr internationale Zusammenarbeit geben statt weniger. Wie die Krisen der letzten zwei Jahrzehnte verdeutlichen, müssen dabei Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit im Innern wie im internationalen Umgang stets aufs Neue errungen und verteidigt werden.

Aus diesen Gründen setzen wir Freie Demokraten uns für die Verteidigung der liberalen Weltordnung und die Stärkung des Multilateralismus ein, der für uns seit jeher ein essentieller Bezugspunkt deutscher Politik ist. In der langen Tradition liberaler Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungsminister stehen wir für internationale Kooperation zur Bewältigung globaler Krisen, für Verlässlichkeit und Berechenbarkeit in unseren Außenbeziehungen, für die Öffnung der Märkte sowie für den fairen und

friedlichen Austausch zwischen Völkern und Kulturen. In der internationalen Politik erleben wir derzeit jedoch die Rückkehr zum Nullsummen-Denken, das nationale Alleingänge über internationale Vereinbarungen zur Lösung globaler Herausforderungen stellt: Protektionismus und „Wirtschaftspatriotismus“ sind im Aufwind und drohen, das regelbasierte multilaterale Handelssystem auszuhöhlen. Gleichzeitig sehen wir vielerorts eine Konjunktur des Rechts des Stärkeren, das Völkerrecht relativiert oder gar bricht.

Wir Freie Demokraten sehen in diesen Entwicklungen eine fundamentale Bedrohung für unsere liberalen Werte und unsere offene Gesellschaftsordnung, in der Freiheit und Verantwortung zwei Seiten einer Medaille sind. Aus diesem Grund fordern wir, dass Deutschland in seinen Außenbeziehungen noch stärker für eine multilaterale, auf Regeln basierte Ordnung eintritt und auf internationaler Bühne eine Vorreiterrolle als Verfechter von Völkerrecht, Freihandel und internationaler Kooperation einnimmt.

Im Einzelnen stellen wir Freie Demokraten folgende fünf Forderungen auf:

Für einen Multilateralismus, der in der Praxis gelebt wird!

Multilateralismus ist der Kern liberaler Außenpolitik. Nur durch die internationale, regelbasierte Zusammenarbeit können wir Frieden sichern, Menschen- und Bürgerrechte verwirklichen, Wohlstand für alle ermöglichen und nachhaltige Entwicklung fördern. Vor diesem Hintergrund ist es grundsätzlich zu begrüßen, dass die Bundesregierung den Multilateralismus als einen Pfeiler ihrer Außenpolitik definiert und mit der „Allianz der Multilateralisten“ die regelbasierte Ordnung verteidigen und stärken will. Doch die in Sonntagsreden von Außenminister Heiko Maas vielbeschworene multilaterale Agenda der Bundesregierung bleibt ein zahnloser PR-Tiger ohne konkrete Ergebnisse: Nur drei Jahre nachdem die Bundesregierung 2016 den Vorsitz in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) übernommen hatte, war Deutschland im Dezember 2019 auf dem OSZE-Ministerrat in Bratislava erstmals seit langem nicht mehr auf politischer Ebene vertreten. Dabei wäre gerade die OSZE mit ihren unersetzbar wichtigen Instrumenten wie politisch-militärisch vertrauensbildenden Maßnahmen, gegenseitigen Manöverbesuchen, Beobachtungsmissionen in Krisengebieten und bei Wahlen im gesamten OSZE-Raum und vielem mehr gerade jetzt so wichtig. Stattdessen engagiert sich Deutschland seit dem Ende seines OSZE-Vorsitzes viel zu wenig in der OSZE und überlässt damit das Feld unnötigerweise anderen, zumeist autoritären Staaten, die die wichtige inhaltliche und personelle Arbeit der OSZE mithilfe der völlig überzogen angewandten Einstimmigkeitsregel blockieren.

Zudem hat die derzeit laufende zweijährige Mitgliedschaft Deutschlands im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UN) bisher kaum konkrete Impulse gebracht. Dies sind Beispiele dafür, wie die Bundesregierung Chancen verpasst, falsche Signale sendet und letztlich Deutschlands Glaubwürdigkeit in der Allianz der Multilateralisten untergräbt.

Es wird Zeit, dass den Lippenbekenntnissen der Bundesregierung auch konkrete Taten folgen. Internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen und die mit ihr durch Artikel 63 der UN-Charta verbundenen Sonderorganisationen, die Welthandelsorganisation (WTO), die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die OSZE und der Europarat spielen für die

Stärkung des Multilateralismus eine Schlüsselrolle. Allerdings können viele von ihnen wegen geostrategischer und machtpolitischer Interessen, insbesondere Russlands und Chinas, aber auch der USA, ihren statutarischen Auftrag zum Wohle der Menschen nur sehr eingeschränkt erfüllen. Zudem wird ihre Handlungsfähigkeit durch mangelnde finanzielle Unterstützung sowie durch zweckgebundene Zahlungen akut bedroht. Die Bundesregierung muss daher in ihren Außenbeziehungen stärker auf die rechtzeitige Zahlung von Pflichtbeiträgen der Mitgliedstaaten an die UN und andere internationale Organisationen drängen und der Reduzierung von Finanzmitteln durch wichtige weltpolitische Akteure entgegenwirken. Gleichzeitig sollte die derzeitige Praxis der verschiedenen Zweckbindungen bei Zahlungen an internationale Organisationen reduziert werden. Durch die Zweckgebundenheit gehen Gelder zwar formal an eine internationale Organisation, in der Praxis werden damit jedoch zu meist einzelstaatliche Politikziele verfolgt. Das läuft der autonomen Handlungsfähigkeit supranationaler Organisationen und der Stärkung des Multilateralismus zur gemeinschaftlichen Lösung globaler Probleme entgegen.

Für die Achtung und Stärkung des Völkerrechts!

Die vielfältige Arbeit der UN und anderer internationaler Organisationen basiert auf internationalem Recht – dem Völkerrecht. Das Völkerrecht bestimmt die souveräne Gleichheit von Staaten und regelt ihre Verantwortlichkeit. Es schützt und achtet die einzelnen Rechte aller Menschen und ermöglicht ein friedliches Miteinander. Die UN-Charta kodifiziert die wichtigsten Grundprinzipien des Völkerrechts. In ihrer Präambel versichern sich die Mitglieder der UN, „Bedingungen zu schaffen, unter denen Gerechtigkeit und die Achtung vor den Verpflichtungen aus Verträgen und anderen Quellen des Völkerrechts gewahrt werden können“.

Was wir vielerorts beobachten, ist jedoch etwas Anderes: Völkerrechtliche Prinzipien und Regeln werden relativiert, verwässert oder finden nur dann Anwendung, wenn sie den eigenen nationalstaatlichen Interessen nützen oder diesen zumindest nicht zuwiderlaufen; in anderen Fällen werden Völkerrecht oder internationale Verträge missachtet und gebrochen und sogar die gewaltsame Verschiebung von Grenzen wird wieder zum Mittel der Politik gemacht.

Diesen Entwicklungen treten wir Freien Demokraten vehement entgegen: 75 Jahre nach der Katastrophe des von Deutschland und Japan verursachten Zweiten Weltkriegs und der Gründung der UN als neuer multilateraler Anlauf nach dem gescheiterten Völkerbund, müssen die Versprechen der Präambel der UN-Charta angemahnt und muss der Aushöhlung und Missachtung von internationalem Recht entschieden begegnet werden. Die Bundesregierung muss in ihren Außenbeziehungen noch stärker als bisher die Einhaltung der Menschenrechte und des internationalen Rechts einfordern.

Um die Straflosigkeit bei Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu beenden, setzen wir Freie Demokraten uns für die Stärkung des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) ein. Der IStGH leistet einen wichtigen und wirksamen Beitrag zu mehr Gerechtigkeit und zur Durchsetzung von Menschenrechten, insbesondere nach bewaffneten Konflikten. Bis heute haben jedoch zahlreiche Staaten das Römische Statut des IStGH nicht ratifiziert, kommen ihrer Kooperationsverpflichtung nicht nach oder kündigten gar ihre Mitgliedschaft wieder auf, wenn etwa die Anklagebehörde aufgrund schwerster Straftaten Ermittlungen in ihren Ländern einleitete. Wir Freie Demokraten fordern daher die Bundesregierung auf, dem IStGH ihre größtmögliche Unterstützung zukommen zu lassen, sich insbesondere

aktiv für die weltweite Anerkennung des IStGH einzusetzen und in ihren bilateralen Beziehungen darauf hinzuwirken, dass erstens weitere Staaten das Römische Statut ratifizieren, zweitens die aktuell 123 Mitgliedstaaten die Kooperation innerhalb der Vertragsstaatenversammlung des IStGH stärken und drittens Sanktionen gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IStGH unterlassen werden. Innerhalb der Vertragsstaatenversammlung muss der laufende Review-Prozess mit allen Kräften unterstützt werden, um die Nominierung fachlich hochqualifizierter Richterinnen und Richter und deren Unabhängigkeit sicherzustellen und andere dringend notwendige Reformen umzusetzen. Zudem muss der IStGH personell und finanziell besser ausgestattet werden, um der Vielzahl von Fällen nachzukommen.

Für eine starke und handlungsfähige UN!

Der Sicherheitsrat ist das wichtigste Organ der UN, mit globaler sicherheitspolitischer Verantwortung für den Weltfrieden. Er handelt dabei laut Artikel 24 der UN-Charta im Namen aller Mitglieder. Gleichzeitig ist er das einzige Organ, dessen Beschlüsse für die Weltgemeinschaft rechtlich bindend sind, wenn er dies nach Kapitel VII anordnet. Um seiner globalen Verantwortung gerecht zu werden, muss der UN-Sicherheitsrat 75 Jahre nach seiner Einsetzung dringend reformiert werden: Die gegenwärtige Zusammensetzung ist unzeitgemäß und verkennt den berechtigten Anspruch vieler Staaten, die globale Sicherheitsverantwortung mitzutragen. Zudem verhindern Pattsituationen aufgrund der vermehrten Nutzung des Vetorechts seitens der „Ständigen Fünf“ (USA, Großbritannien, Frankreich, Russland, China) die Handlungsfähigkeit des UN-Sicherheitsrates. Die latente Dysfunktionalität des Sicherheitsrates wurde im März unter chinesischem Vorsitz einmal mehr deutlich: Um sich nach dem anfänglichen innerstaatlichen Versagen dann als Vorzeigeland bei der Bekämpfung von Covid-19 zu vermarkten, flüchtete sich China zunächst in Desinformations- und Ablenkungskampagnen. Trotz ihres Vorsitzes strengte die Volksrepublik keine koordinierte Reaktion der Weltgemeinschaft an, sondern weigerte sich sogar, die Pandemie überhaupt auf die Tagesordnung zu setzen.

Um dieser Dysfunktionalität zu begegnen, muss die Bundesregierung ihre Mitgliedschaft im Sicherheitsrat nutzen, um die Reform des Rates voranzutreiben. Ohne eine Modernisierung läuft der Rat und damit die Organisation der UN Gefahr, sich wie ihr Vorgänger der Völkerbund in Symbolpolitik zu verlieren und letztendlich durch international nicht legitimierte Formate ersetzt zu werden. Das wäre ein weiterer Schritt weg von einer regelbasierten, internationalen Ordnung in eine unsichere Welt von ständig wechselnden Ad-hoc-Koalitionen.

In Europa haben mit Deutschland, Italien und Österreich/Schweiz gleich mehrere Staaten federführend Verantwortung für eine Modernisierung übernommen. Allerdings vertreten sie drei konkurrierende Reformvorschläge. Nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union (EU) muss sich die Bundesregierung daher verstärkt für einen gemeinsamen EU-Ansatz einsetzen. Dem Argument der „Ständigen Fünf“, dass eine Reform aufgrund der Uneinigkeit unter den Mitgliedern nicht möglich sei, kann somit zumindest innerhalb der EU entgegengewirkt werden. Dafür müssen sich insbesondere Deutschland („G-4 Gruppe“) und Italien („Uniting for Consensus“-Gruppe) annähern, möglichst unter Vermittlung der österreichisch-schweizerischen „ACT-Gruppe“, um eine Erweiterung des Sicherheitsrates auf breiter geografischer Basis zu bewirken. Hierzu ist die Änderung der Satzung der UN erforderlich. Den auch von uns unterstützten Versuch Deutschlands, selbst ein ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrats zu werden, wollen wir Freie Demokraten dadurch in den

Dienst der EU als Ganzes stellen, dass wir diesen Sitz – sobald er erreicht ist – treuhänderisch für die EU wahrnehmen und ihn dem Hohen Beauftragten der EU zur Verfügung stellen.

Um zwischenzeitlich bereits eine bessere europäische Vertretung im Sicherheitsrat zu gewährleisten, sollten – wie im Aachener Vertrag vereinbart – gemeinsame deutsch-französische Positionen mit den übrigen EU-Mitgliedsstaaten des Sicherheitsrates und der EU-Delegation in New York abgestimmt werden, um rasch im Rat der EU eine gemeinsame EU-Position erarbeiten zu können. Diese sollte dann vom Hohen Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik im Namen der EU im UN-Sicherheitsrat vorgetragen werden, welcher zu den dessen Sitzungen eingeladen werden sollte, auch wenn die EU selbst noch nicht Mitglied der UN sein kann.

Neben der reformbedürftigen Zusammensetzung des UN-Sicherheitsrates ist es für uns Freie Demokraten zwingend, bei der Reformdiskussion den Begriff der „internationalen Sicherheit“ in der UN-Charta auch auf Gesundheitsgefahren mit weltweiter Dimension auszuweiten. Gerade angesichts der Covid-19-Krise sind die Handlungsdefizite der UN und ihres Sicherheitsrats als deren einzige und echte Notstandsinstanz besonders zu Tage getreten. Gleichzeitig sollte die Handlungsfähigkeit des UN-Sicherheitsrats im Falle von schwersten Menschenrechtsverbrechen („mass atrocities“) gestärkt werden. Zu diesem Zwecke ist die französisch-mexikanische Initiative (2013) zur freiwilligen Einschränkung des Vetorechts ausdrücklich zu unterstützen.

Wir Freie Demokraten fordern zudem die Stärkung der unabhängigen Arbeit der UN-Sonderorganisationen. Deren Arbeit hat häufig unmittelbaren Einfluss auf Entwicklung und Wohlergehen weiter Teile der Weltbevölkerung und ist instrumental zum Erreichen der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs). Gerade wegen der herausragenden weltweiten Bedeutung einer nachhaltigen Entwicklung auf ökonomischer, sozialer sowie ökologischer Ebene ist es für uns Freie Demokraten nicht hinnehmbar, dass die UN-Sonderorganisationen häufig zum Spielball kurzfristiger und eigennütziger Interessen einzelner Staaten oder Staatschefs werden. So hat die aktuelle Covid-19-Pandemie einmal mehr die Defizite der WHO deutlich gemacht, die auf Initiative Chinas das Unterstützungsangebot Taiwans bei der Bekämpfung des Covid-19-Erregers ausgeschlagen hat. Demokratien wie Taiwan dürfen nicht länger an der Mitarbeit in UN-Sonderorganisationen gehindert werden. Die Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass die WHO stärker, professioneller und unabhängiger wird. Dazu braucht die Organisation mehr Rechte gegenüber den einzelnen Mitgliedstaaten. Diese müssen völkerrechtlich dazu verpflichtet werden, frühzeitig und wahrheitsgemäß über Krankheitsausbrüche zu berichten, was China ganz offensichtlich nicht getan hat. Eine unkritische Übernahme von Informationen und Daten von China durch die WHO darf sich nicht wiederholen, und weder die WHO noch andere UN-Sonderorganisationen dürfen für politische Machtspiele missbraucht werden. China muss unverzüglich eine unabhängige Aufklärung der Entstehung der Viruserkrankung zulassen anstatt sie weiter zu verhindern. Die Versäumnisse der chinesischen Regierung müssen lückenlos aufgeklärt werden. Um die Unabhängigkeit und Handlungsfähigkeit der UN-Sonderorganisationen zu stärken und ihre Governance zu verbessern, fordern wir, dass ihre Funktionsweise durch eine kontinuierliche Überprüfung der Strukturen auf Effizienz und Effektivität verbessert und ihre Finanzausstattung mit Blick auf Auftrags- und Zielerfüllung angemessen dotiert wird.

Für einen freien und regelbasierten Welthandel!

Das multilaterale Welthandelssystem, das durch die WTO mit ihrem ordnungspolitischen Rahmen verkörpert wird, ist eine große Erfolgsgeschichte. Die Liberalisierung der Märkte für Güter und Dienstleistungen hat seit der Mitte des 20. Jahrhunderts der Menschheit Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität gebracht. Indem auch frühere Feinde immer engere Handelsbeziehungen pflegen, leistet der Welthandel zudem einen wichtigen Beitrag zum globalen Frieden. Die damit verbundene Hoffnung des Westens auf demokratischen Wandel durch intensiven, regelbasierten Handel hat sich allerdings nur teilweise erfüllt. Das Beispiel Chinas zeigt, dass trotz der rasanten wirtschaftlichen Entwicklung demokratische und rechtsstaatliche Reformen ausblieben und, im Gegenteil, ökonomischer Einfluss dafür eingesetzt wird, um westliche Demokratien in die Defensive zu drängen. Heute ähnelt China einem immer repressiveren, Hightech-gestützten Kontrollregime, das beinahe unbehelligt innere demokratische Reformen rigide dem absoluten Machtanspruch der Kommunistischen Partei Chinas unterordnet und insbesondere über die „Belt and Road“-Initiative hegemoniale Machtansprüche stellt.

Diese „kontrafaktische“ Ambivalenz setzt die liberale, regelbasierte Welthandelsordnung einem gewaltigen Stresstest aus. Gleichzeitig gerät die Globalisierung auch von innen unter Druck: Der Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger in die Politik im Zuge der Finanz- und Schuldenkrise und wachsender Populismus lassen ökonomische Nationalismen machtvoll aufleben. Welthandelsregeln werden verstärkt als Eingriffe in die Staatssouveränität wahrgenommen – trotz der enormen Wohlfahrtsgewinne. Wichtige Stakeholder scheinen sich gar gänzlich vom Multi- zum Unilateralismus oder zu der von China und Russland favorisierten sog. „multipolaren“ Weltordnung zu verabschieden. Protektionismus, merkantilistische Handelspolitik unter Parolen wie „America First“ und das neokoloniale chinesische Projekt einer „Neuen Seidenstraße“ sind beredte Beispiele dafür.

Wir Freie Demokraten stellen uns diesen Herausforderungen und widersetzen uns nachdrücklich einer Demontage der Welthandelsordnung sowie ungleichen und unfairen Wettbewerbsbedingungen. Denn es gilt, nach dem beispiellos dramatischen Einbruch der Weltwirtschaft durch die Covid-19-Pandemie, die Resilienzfähigkeit auszubauen und für die Wohlfahrt der Staaten und ihrer Bürgerinnen und Bürger nutzbar zu machen. Wir wollen dafür die Chancen des auf Regeln basierenden Freihandels nutzen, um im Sinne der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft einen multilateralen ordnungspolitischen Rahmen für nachhaltiges Wirtschaftswachstum, Wohlstand und Beschäftigung zu schaffen. Wir sind davon überzeugt, dass nur über die nachhaltige Entwicklung durch einen freien und fairen Welthandel die von den UN verabschiedeten Sustainable Development Goals (SDGs) erreicht werden können.

Deshalb fordern wir Freie Demokraten die Bundesregierung und die Institutionen der EU auf, sich nachdrücklich dafür einzusetzen, die WTO als zentralen Ort eines fairen und globalen regelbasierten Welthandelssystems nicht nur zu stärken, sondern auch auf die längst überfällige, transparente und inklusive WTO-Reform zu drängen. Das ist nötig, um die notwendigen Regelungen für das 21. Jahrhundert und eine weltweite Freihandelsordnung mit vergleichbaren Wettbewerbsbedingungen unter diesem Dach zu schaffen. Nachdem die relativ tiefhängenden Früchte der Zollsenkungen gepflückt sind, geht es jetzt um das Eingemachte: um eine strengere, nachhaltige Kontrolle der Beihilfen für den Fischereisektor, um eine Verschärfung der Regeln für industrielle und landwirtschaftliche Sub-

ventionen und Staatsbetriebe, eine weitere Liberalisierung der Dienstleistungen und eine Zollsenkung bzw. -abschaffung für umweltfreundliche Güter und nicht zuletzt auch um die durch die Einrichtung der 5G-Netze aufgeworfenen technischen und geopolitischen Herausforderungen der Digitalisierung für die internationale Handelspolitik. Im Lichte der Covid-19-Krise müssen zudem die Transparenz von nationalen Unterstützungsmaßnahmen verbessert und neue Initiativen zur Erleichterung des Handels mit Medikamenten und medizinischer Schutzausrüstung geschaffen werden. Bei der Weiterentwicklung der WTO sehen wir – trotz der US-amerikanischen Zurückhaltung – auch die G7-Staaten als die Wertegemeinschaft offener und demokratischer Gesellschaften, aber auch das Format der G20-Staaten, in besonderer Pflicht. Während das Ziel bleibt, globale Abkommen im Rahmen der WTO zu erreichen, sind viele Länder angesichts des Stillstandes der Doha-Runde zwischenzeitlich dazu übergegangen, sogenannte plurilaterale Handelsabkommen zu verhandeln. Dadurch wird immerhin der Anstrich eines multilateralen Charakters gewahrt. Für uns Freie Demokraten ist jedoch klar, dass diese Abkommen nur ein Zwischenschritt in Richtung multilateraler Freihandelsabkommen sein können.

Darüber hinaus muss die von den USA ausgelöste Krise um die unverantwortliche Blockierung des WTO-Schiedsgerichts dringend beigelegt werden, durch die die Streitschlichtung des internationalen Handelssystems, die rechtsstaatskonformer auszugestaltet ist, ausgehebelt wird. Wir begrüßen, dass es der EU gelungen ist, mit über 15 Partnern ein alternatives Streitschlichtungssystem zu errichten, welches die wesentlichen Funktionen des WTO-Schiedsgerichts aushilfsweise und zeitlich befristet bereitstellt.

Für eine europäische Außenpolitik, die im Weltmaßstab etwas bewirkt!

In dem neuen Koordinatensystem der Weltpolitik, das insbesondere von der strategischen Rivalität zwischen den USA und China – dem „Zweiten Kalten Krieg“ – geprägt ist, muss die EU im Sinne einer geopolitischen Selbstbehauptung bzw. „strategischen Autonomie“ eine eigene Position einnehmen und damit ihren genuinen Gestaltungsanspruch zur Geltung bringen. Autonomie bedeutet hierbei keineswegs Abschottung oder die Absage an Allianzen. Klar ist: Wir Freie Demokraten bekennen uns zur transatlantischen Partnerschaft mit den USA und mit Kanada – auch in schwierigen Zeiten. Vielmehr geht es darum, Verantwortung für die eigene Sicherheit zu übernehmen und international gestaltunfähig zu sein, um als globaler Akteur auf Augenhöhe das Leitbild des regelgebundenen Multilateralismus zu verteidigen.

Nach der ohnmächtigen Zuschauerrolle im brutalen Krieg Baschar al-Assads gegen sein eigenes syrisches Volk haben Anfang 2020 der Libyen-Konflikt sowie die US-Iran-Krise die Grenzen einer gemeinsamen EU-Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) erneut verdeutlicht. Um dem entgegenzuwirken, müssen Blockademöglichkeiten einzelner Mitgliedstaaten in der GASP durch den grundsätzlichen Übergang von der Einstimmigkeitsregel zu Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit ausgeschlossen werden. In diesem Zusammenhang muss die Bundesregierung auch während ihrer EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Hälfte 2020 darauf hinwirken, die GASP und den Europäischen Auswärtigen Dienst entschlossen zu stärken.

Um auf der internationalen Bühne tatsächlich als Akteur auf Augenhöhe wahrgenommen zu werden, müssen die EU-Mitgliedstaaten nach außen einheitlicher agieren. Als Grundsatz gilt: Je geschlossener die Mitgliedstaaten auftreten, desto größer ist die Verhandlungs- und Gestaltungsmacht der EU und

umso effektiver lassen sich europäische Interessen durchsetzen. Eigennützige nationalstaatliche Partikularinteressen sollten sich dem gemeinsamen Ganzen und der Durchsetzungskraft der Union unterordnen. Aus diesem Grunde fordern wir, dass der Hohe Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik ein den Nationalstaaten gleichwertiges Rederecht in der Hauptversammlung der UN erhält, damit die EU international mit einer Stimme spricht. Gleichzeitig sollte die EU ihre Anstrengungen verstärken, ihre Präsenz in internationalen Foren durch eine systematische Personalentwicklung und Rekrutierung, angefangen von Praktikanten- und Nachwuchsprogrammen bis hin zur Personalgewinnung von hochrangigen Experten und Führungskräften, zu erhöhen und die Besetzung von Spitzenposten in multilateralen Organisationen europäisch besser abzustimmen.

Neben einem gemeinsamen Auftreten auf der Weltbühne setzen wir uns für den Ausbau dringend benötigter Schlüsselfähigkeiten der Streitkräfte der EU-Mitglieder ein. Denn nur wenn die EU international handlungsfähig und durchsetzungsstark ist, kann sie unsere Werte und Interessen schützen und für diese weltweit eintreten. Strategische Souveränität und Autonomie setzt bei den Ressourcen an. Insbesondere bei der Sicherheits- und Verteidigungspolitik klaffen Anspruch und Wirklichkeit in den derzeitigen Entwürfen zum EU-Haushalt jedoch weit auseinander. Darunter leiden sowohl die verteidigungspolitische Handlungsfähigkeit als auch die Glaubwürdigkeit der EU als globaler Akteur. Um das Ziel einer Verteidigungsunion mit Leben zu füllen, gezielt Fähigkeitslücken zu schließen und gemeinschaftliche Projekte zu fördern, müssen der Europäische Verteidigungsfonds und die Initiative zur Förderung der militärischen Mobilität in Europa mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden. Die Stärkung der strategischen Souveränität und Autonomie der EU erwiese der multilateral und westlich-regelbasierten Wertegemeinschaft jedoch einen Bärendienst, wenn diese Bemühungen zu einer strategischen Entkoppelung der EU von den USA führen würde. Das zentrale und unverzichtbare Bindeglied der transatlantischen Beziehungen bleibt für uns daher die Nordatlantische Vertragsorganisation (NATO). Für uns Freie Demokraten ist die Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO zentral wichtig. Die von uns angestrebte Schaffung von militärischen Fähigkeiten der EU sehen wir als Teil der Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO und setzen uns aktiv für die Schaffung verbundener, nicht getrennter Kommandostrukturen ein. Multilateralismus auf den Punkt gebracht bedeutet für uns am Ende immer auch gemeinsame und glaubhafte Wehrhaftigkeit.